



Militarischer Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Heubühlweg 2, Wildbad. — Postkonto: Enzthalbote Gabel & Co., Wildbad; Wochenscheiter Gewerbetreibende Filiale Wildbad. — Postkontonummer 29174 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Beleg 5000 bis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamzeile 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenbestellungen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Inhalt der Anzeigennummern täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkreten Fällen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Nachzügung weg.
Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Grot, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 138

Februaf 479

Donnerstag, den 16. Juni 1932

Februaf 479

67. Jahrgang.

Die Fürsorgelasten

Die Notverordnung der neuen Reichsregierung ist erstlich und letztlich bedingt durch den Zwang, den 3 Milliardenbedarf der Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren. Ueberblickt man den neuen Finanzierungsplan, so erhält man den wahrhaft erschreckenden Aufschluß, daß die Gelder für die Arbeitslosen nur zu einem Drittel aus den Versicherungsbeiträgen aufgebracht werden. Die Lasten verteilen sich so, daß 1080 Millionen aus Beiträgen, 860 Millionen durch Reichszuschüsse, 680 Millionen durch die Gemeinden, 400 Millionen aus der neuen Beschäftigungssteuer einkommen. Denjenigen, die noch in Lohn und Brot stehen, werden neue schwere Opfer auferlegt. Es ist ein großer Trost, daß auch die Arbeitslosen selber Opfer bringen müssen. Die Zahl der Arbeitslosen ist so groß, daß selbst bei voller Aufbringung der erwähnten 3 Milliarden die bisherigen Leistungen empfindlich gekürzt werden müssen. Die Arbeitslosenunterstützung wird um 23 Prozent, die Krisenunterstützung um etwa 15 Prozent gekürzt, wobei ein Betrag von 42,5 RM. monatlich als Mindestmaß gelten soll. Fortan werden bei Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung die gleichen Sätze gewährt. Dies ist die einzige grundsätzliche Neuerung, die die neue Notverordnung bringt. Die Angleichung der Sätze bedeutet den ersten schwachen Anlauf zur Vereinheitlichung der Erwerbslosenfürsorge. Im übrigen schreitet auch die neue Regierung auf den alten Bahnen notgedrungen weiter. Auf die Arbeitsbeschaffungspläne ist einstweilen verzichtet worden, weil die Finanzierungsschwierigkeiten zur Zeit mit Recht für unüberwindlich gehalten werden.

Es ist nicht mit Sicherheit vorzusehen, ob dieser Finanzierungsplan für die Erwerbslosenunterstützung sich wird aufrechterhalten lassen. Gelngt es, die neuen Steuern in der veranschlagten Höhe einzubekommen, überschreitet die Erwerbslosenzahl im kommenden Winter nicht wesentlich die Sechsmillionengrenze, dann könnte man das Ueberstehen von weiteren zwölf Krisenmonaten für gesichert halten. Leider läßt sich nichts mit Gewißheit behaupten. Nichts würde gefährlicher sein, als wenn man sich nun einer gewissen Sorglosigkeit ergäbe, weil die Deckung des Bedarfs der Arbeitslosenunterstützung planmäßig sichergestellt scheint. Es sprechen zu viele Unsicherheitsfaktoren mit. Das Aufkommen aus der Beschäftigtensteuer ist ganz abhängig von der Bewegung der Erwerbslosenzahlen und läßt sich deshalb sehr schwer einschätzen. Wenn man sich von der Aufhebung der 5000 RM. Freigrenze Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer verspricht, es ist von Dutzenden von Millionen die Rede, so müssen solche Erwartungen reichlich optimistisch genannt werden. Gerade infolge der neuen Beschäftigtensteuer und der Kürzungen der Unterstützungssätze muß eine weitere Schwächung der Kaufkraft der breiten Volksmassen eintreten. Dies führt wiederum zu Schrumpfungen des Umsatzes und damit zu verringerten Einnahmen aus der Umsatzsteuer. Jegliche Bemühungen um die Erschließung neuer Steuerquellen und Erhöhung der Steuereinnahmen finden ihre Schranke an der Unmöglichkeit, das gesamte Steueraufkommen wesentlich zu erhöhen. Daß nur von der Ausgaben Seite her der Reichshaushalt ins Gleichgewicht gebracht werden kann, wird nirgendwo mehr ernstlich bestritten.

Die neue Regierung hat dies eingesehen und deshalb zunächst die Ausgaben für die Arbeitslosen erheblich gekürzt. Das ist unvollständig und wird böses Blut machen. Leider waren starke Herabsetzungen der Leistungen jetzt nicht mehr zu vermeiden, wenn man nicht das gesamte Gebäude der Arbeitslosenhilfe zusammenbrechen lassen wollte. Es fällt nicht der neuen Regierung zur Last, daß man nicht längst das allmählich begonnen hat, was man nun notgedrungen auf einmal tun muß. Denn darüber muß Klarheit herrschen: Die jetzige, durch Notverordnung in Gang gesetzte Finanzierung der Erwerbslosenhilfe ist ein letzter Versuch, Weider von der Einnahmen- auf der Ausgaben Seite her wird es möglich sein, einem höheren Bedarf gerecht zu werden. Eine weitere Ueberdrehung der Steuerschraube ist ebenso wenig denkbar, wie eine weitere Kürzung der Leistungen. Die jetzige Regelung ist der letzte Schritt auf dem alten Wege. Der Wirtschaftskrise und der Erwerbslosennot kann in Deutschland nur mehr begegnet werden durch mutige und umsichtige Versuche einer konstruktiven Lösung. Wie das bewerkstelligt werden soll, ist eine Schicksalsfrage, die bald sich stellen und ungefüme Beantwortung erheischen wird. Vorstellbar ist ein Kampf nur durch produktionspolitische Mittel. Der Prozeß der Senkung der Gesehtungskosten, der hinsichtlich der Löhne in den mittleren und kleinen Betrieben schon begonnen hat, muß auf die Großbetriebe erstreckt werden, mittels einer Revision des gesamten Sozialpolitik und Schaffung eines neuen Sozialversicherungssystems. Je eher, desto besser. Die Hoffnungen, die die neuerdings bei Krupp und beim Siemenskonzern erfolgten ArbeiterEinstellungen erweckt haben, geben nicht ungünstige psychologische Voraussetzungen.

Wer ist Medicato?

Tagespiegel

Wie wir hören, haben dieser Tage zwischen den Deutschen und der NSDAP. Verhandlungen stattgefunden hinsichtlich der Regierungsbildung in Oldenburg. Zwischen den beiden Parteien konnte eine Einmütigkeit nicht erzielt werden, so daß die Nationalsozialisten die Regierung allein bilden werden.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reichs hat sich zum 31. Mai gegenüber dem Aprilultimo auf 1829,8 gegen 1799 Mill. Mark erhöht. Die Verpflichtungen aus Schahanweisungen haben sich dabei von 1045,7 auf 1086,4 Mill. Mark erhöht, während kurzfristige Darlehen auf 133,3 gegen 141,4 und der Betriebskredit bei der Reichsbank von 58,1 gegenüber 75,8 Mill. Mark zurückgingen. Die Verpflichtungen auf Schahanweisungen für Sicherheitsleistung usw. stiegen auf 147,6 gegenüber 131,9 Mill. Mark.

Die politische Notverordnung der Reichsregierung, die u. a. auch die Frage des SA.-Verbots behandelt, trägt das Datum vom 15. Juni mit der Unterschrift des Reichspräsidenten. Den Vertretern der Länder wurde der Inhalt der Verordnung gestern nachmittag im Reichsinnenministerium mitgeteilt.

Zur Arbeitsbeschaffung ist in Aussicht genommen, 60 Millionen für Straßenbauarbeiten, 50 Millionen für Wasserstraßenbau und 25 Millionen für landwirtschaftliche Meliorationen aufzuwenden.

Aus Kreisen des Reichsfinanzministeriums wird festgestellt, daß eine Verlängerung der Bürgersteuer durch die Länderregierungen ohne besondere Reichsermächtigung nicht erfolgen kann.

Das polnische Kriegsschiff „Wicher“ ist auf Grund eines Schriftes des Danziger Senats bei den polnischen Behörden angewiesen worden, Danzig zu verlassen. Das Kriegsschiff hatte unter Verletzung Danziger Hoheitsrechte den Hafen angelaufen.

Der Aeltestenrat des preussischen Landtags beschloß vor der gestern wieder stattfindenden Vollsitzung, die Ausprache über die Anträge auf Aufhebung der preussischen Notverordnung und über die nationalsozialistischen Amnestiegesetze am heutigen Donnerstag nachmittag zu Ende zu führen und im Anschluß daran die Abstimmungen vorzunehmen. Im übrigen wurde beschlossen, daß der Landtag zu Mittwoch, den 22. Juni wieder einberufen werden soll zur Vornahme der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten.

Die politischen Notverordnungen

Berlin, 15. Juni. Wie wir bereits am Sonntag nach der Unterredung der süddeutschen Herren mit Hindenburg mitteilen konnten, bereiten die kleinen Konzeptionen, die Reichskanzler von Papen in der Frage der Aufhebung des Uniform- und SA.-Verbotes um des lieben Friedens willen zu machen bereit schien, doch mehr Schwierigkeiten, als anfänglich vermutet wurde. Allerdings muß man anerkennen, daß die rein parteipolitisch eingestellte Bayerische Volkspartei es an Drohungen nicht fehlen ließ, die man in einigen innerpolitischen Amtsstuben vielleicht erstern nahm, als notwendig.

Selbstverständlich hat dem von ganz links her stommenden Gerücht, daß Bayern zum Beispiel einen Reichskommissar verhaften würde, wenn er sich nur einen Schritt innerhalb der blauweißen Grenzpfähle befände, niemand ernsthaft Glauben geschenkt, doch wertet man, wie wir v. r. nehmen, im Reichsinnenministerium die Gehreien gewisser Teile des Zentrums sehr schwer. Das hat nun wieder die Nationalsozialisten vergrößert, von denen man hört, daß sie bei Herrn von Papen lebhafteste und energische Vorstellungen erhoben hätten. Nun sind es weniger die parteipolitischen Dinge, die im Reichsinnenministerium Sorge machen, sondern man sagt sich dort, daß die Politiker der Zentrumsopposition — wenn auch nur geschäftsführend — so doch leitende Posten in den süddeutschen Staaten bekleiden, also in der Lage wären, querzutreiben. Mit anderen Worten, die Reichsregierung befürchtet die Bloßstellung, daß einzelne Länder durch Sonderverordnungen die Aufhebung der SA.- und Uniform-Verbote durchkreuzen könnten.

Natürlich ist sich auch der deutsche Verfassungsminister darüber klar, daß den widerstrebenden Ländern an sich eine Grundlage nicht gegeben sei, wider die Berliner Reichsstellen zu arbeiten. Geschehe es aber dennoch, so müßten zur Stärkung, bzw. Durchsetzung der Reichsautorität Mittel angewendet werden, an die einstweilen weder der Reichspräsident, noch der Reichsinnenminister denken mag. Die Verhandlungen vom Sonntag bei Herrn von Hindenburg hatten ja gerade den besonderen Zweck, eine Basis für die politischen Notverordnungen zu erstellen, die nachträglich nicht von Süddeutschland erschüttert würde. Am Sonntag hatte man auch gewisse Hoffnungen, daß dies möglich sei, doch heute liegen deshalb ernste Gefahren vor, weil man die geschäftsführende Preukerregierung mit in diese Fronde

gegen die politischen Notverordnungen ziehen möchte. Gelänge dies, und würden die Hirtsiefer-Verordnung nicht endgültig gestürzt, so hätte eine Aufhebung der Verbote praktisch nur dann Bedeutung, wenn die Reichsregierung das beherzigen wollte, was ihr zurzeit die stark erregten Nationalsozialisten zurufen: Landgraf werde hart!

Die innenpolitische Notverordnung fertig

Berlin, 15. Juni. Wie wir erfahren, ist die Notverordnung über die Aufhebung des SA.- und des Uniformverbots und die Neuordnung der Bestimmungen über die Pressefreiheit nunmehr fertiggestellt. Sie wird voraussichtlich am morgigen Donnerstag veröffentlicht werden. In den letzten Besprechungen beim Reichsinnenminister hat es sich darum gehandelt, die Schwierigkeiten zu überwinden, die in der Stellungnahme der Länder namentlich zur Frage des Uniformtragens liegen. Ein Beschluß der Länderregierungen hierzu liegt noch nicht vor.

Man hat aber den Eindruck, daß die Länderregierungen vorläufig nicht die Absicht haben, die Aufhebung des Verbots in ihrem Machtbereich durch eigene Notverordnungen zu verhindern.

Dagegen ist wohl damit zu rechnen, daß in den Ländern während des Reichstagswahlkampfes weitgehend Aufmarschverbote zur Sicherung der Ruhe und öffentlichen Ordnung erlassen werden.

Bezeichnend in diesem Zusammenhang dürfte das Verhalten in Berlin sein. Von nationalsozialistischer Seite war angekündigt worden, daß am nächsten Sonntag auf dem Tempelhofer Feld eine große Parade der wiedererstandenen SA. und SS. vor Adolf Hitler stattfinden würde. Diese Demonstration wird jedoch kaum zustande kommen, da in Preußen seit dem 31. Oktober v. J. ein allgemeines Verbot für politische Demonstrationen und Umzüge besteht. Nach dieser Verordnung sind Ausnahmen nur für völlig unpolitische Umzüge und Demonstrationen zugelassen. Für die Zeit der Reichspräsidenten- und der Preußenwahlen hatte der preussische Minister des Innern den Regierungspräsidenten und in Berlin dem Polizeipräsidenten die Ermächtigung erteilt, diese Ausnahmezulassung auch auf politische Veranstaltungen auszudehnen, was z. B. dazu führte, daß den großen Parteien je einmal der Lustgarten zu einer Kundgebung freigegeben wurde. Diese Ausnahmeermächtigung ist jedoch Mitte Mai wieder aufgehoben worden.

Keine Verlängerung der Bürgersteuer?

Berlin, 15. Juni. In der Notverordnung über die finanziellen Maßnahmen ist eine Verlängerung der Notverordnung nicht enthalten. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß das Kabinett sich schlüssig geworden ist, sie fortzufallen zu lassen. Sie geht also mit dem Monat Juni zu Ende. Die Gemeinden hatten zwar beantragt, sie auch vom 1. Juli ab zunächst weiter zu erheben. Die Reichsregierung war aber der Ansicht, daß die Gemeinden ohne die Bürgersteuer auskommen müßten, da das Reich ihnen für die Wohlfahrtsleistungen in diesem Etatsjahr 670 statt 230 Millionen im Vorjahr zugewiesen hat. Wo sich in einzelnen Fällen Fehlbeträge ergeben, ist nach Auffassung der zuständigen Reichsstellen zunächst eine Durchprüfung der Ausgaben Seite erforderlich.

Recht interessant ist die Frage, ob die Länder von sich aus berechtigt sind, die Bürgersteuer weiter zu erheben. Das wird in Kreisen der Reichsregierung als unzulässig bezeichnet. Das Reich hat für die Erhebung bestimmte Vorschriften erlassen und darüber hinaus haben die Länder nicht die Berechtigung zu einer weiteren Erhebung.

Die Gründe, die zum Fallentlassen der Bürgersteuer geführt haben, liegen vor allem in der generellen Belastung durch die Arbeitslosenabgabe. Dazu kommt, daß z. B. in Preußen die Beamten eine weitere Kürzung ihrer Bezüge erfahren haben.

Der Ueberwachungsausschuß soll zusammentreten

Berlin, 15. Juni. Zur Einberufung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages ist die Frage von Bedeutung, ob der Ueberwachungsausschuß überhaupt Notverordnungen aufheben kann. Diese Frage hat den Ausschuß schon einmal beschäftigt, und zwar am 6. August 1930. In dieser Sitzung ist die Frage, ob der Ausschuß von der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung erlassene Notverordnungen aufheben kann, verneint worden. Der Ausschuß hat damals einen Antrag des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen, der Demokraten, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei angenommen, wonach sich der Ausschuß zur Behandlung der Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und ebenso der Anträge, die Verordnung für verfassungswidrig zu erklären, für unzuständig erklärte. Die Sozialdemokraten stimmten damals gegen diesen Antrag.

Bemühungen um eine neue Partei

Berlin, 15. Juni. In der Deutschen Gesellschaft fand gestern die angekündigte Zusammenkunft statt, die dazu führen sollte, die politischen Parteien und Gruppen



Zwischen dem Zentrum ohne die Deutschnationalen und den Nationalsozialisten zu einer Neubildung der bürgerlichen Rechten zusammenzufassen. Die Versammlung führte zur Annahme einer Entschließung im Sinne der angegebener Forderung. Es wurde auch ein Aktionsausschuss eingesetzt, dem Dr. C. K. E. K. der Ehrenpräsident der Deutschen Handwerks- und Gewerbetreibenden Harry Plate, Excellenz Solf, Geh. Justizrat Wildhagen, Leipzig, Frau Professor Hörsch und Kirchenrat Kener, Frankfurt a. M. angehören sollen.

Erste Besprechungen in Lausanne

Berlin, 15. Juni. Die deutsche Abordnung für Lausanne ist gestern Abend 21 Uhr unter Führung des Reichsanzlers von Papen nach Lausanne abgereist. Sie besteht aus dem Reichsanzler von Papen, dem Außenminister Freiherr von Neurath, Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk, Wirtschaftsminister Dr. Warmbold, den Staatssekretären Dr. von Bülow, Trendelenburg und Dr. Zarden, sowie der Ministerialdirektoren Richter, Gaus und dem Botschafter der Reichsregierung, Dr. von Kaufmann. Vorher empfing der Reichspräsident noch den Reichsanzler und den Reichsaußenminister von Neurath, um mit ihnen die Probleme, die in Lausanne zur Verhandlung stehen, durchzusprechen.

In Genf, wo die englische und französische Abordnung schon am Montag eingetroffen ist, sind inzwischen die Vorbereitungen in vollem Gange. Die den ganzen Dienstag über geführten Ministerbesprechungen sind heute Vormittag mit einer längeren Unterredung zwischen Mac Donald und Herriot weiter fortgesetzt worden. Ferner stattete Herriot den Außenministern Italiens und Polens einen Besuch ab. Zur Teilnahme an der Lausanner Konferenz reisen die beteiligten Staatsmänner im Laufe des heutigen Nachmittags sämtlich in Automobilen nach Lausanne ab.

Um 5 Uhr nachmittags findet eine erste Vorbesprechung der 12 Lausanner Mächte statt, in der die technischen Fragen der Konferenz besprochen werden sollen. Die Eröffnungssitzung ist auf Donnerstag Vormittag 10 Uhr im Hotel „Beau Rivage“ festgesetzt, bei der Mac Donald eine größere Rede halten wird. Die Lausanner Konferenz wird im übrigen in vertraulichen Ausschusssitzungen und Verhandlungen in den Hotels unter vollständiger Ausschaltung der Öffentlichkeit vor sich gehen.

In internationalen Kreisen verstärkt sich die Auffassung, daß die englische und die französische Regierung auf der Lausanner Konferenz ein allgemeines kurzfristiges Moratorium bis zum Dezember 1932 vorschlagen werden, das die endgültige Regelung der Reparationsfrage vorbereiten soll. Auf dem Gebiet der Abrüstungsfragen wird allgemein erwartet, daß an Deutschland die Aufforderung zur Annahme eines politischen Waffenstillstands gerichtet wird, der den Verzicht auf die Gleichberechtigungsforderung und auf die Revision der internationalen Verträge bedeuten würde.

Wie aus dem Staatsdepartement in Washington verlautet, steht die Regierung der Vereinigten Staaten den europäischen Meldungen über den Plan eines fünf- oder zehnjährigen Abrüstungs- und politischen Moratoriums kühl gegenüber.

Die deutsche Regierung, die heute noch in Lausanne eintrifft, geht unter allen Umständen einen schweren Gang. Die Vorbereitungen der Mächte in Genf scheinen ihn keineswegs erleichtert, sondern weit eher noch mit Schwierigkeiten verpfändert zu haben. Vorschläge aber, wie sie jetzt aus Genf hinsichtlich der Abrüstungsfrage gemeldet werden, sind von vornherein so undisutabel, daß nur eine klare Haltung vom ersten Augenblick an eine andere Atmosphäre zu schaffen vermag.

Neue Nachrichten

Stand der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches

Berlin, 15. Juni. Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches belief sich am 31. Mai 1932 auf 1.829,8 Millionen Reichsmark gegenüber 1.799,2 Millionen Reichsmark am 30. April ds. Js.

Raubüberfall in einer Hamburger Bankfiliale

Hamburg, 15. Juni. Am Mittwochmorgen ist in der Filiale der Dresdner Bank in der Grindelallee ein Raubüberfall ausgeführt worden, bei dem den Tätern etwa 5600 Reichsmark in die Hände gefallen sein sollen. Es erschienen um 10 Uhr, während nur die Angestellten im Raum anwesend waren, drei Männer mit Mas-

Verrat an Woltmann

Von G. Panstingl.

Copyright 1932, by Dr. G. Panstingl, The Hague, Holland.

12. Fortsetzung Raubüberfall
Woltmann versuchte es. Und wahrhaftig, es gelang. Er mußte sich zwar am Beirand stützen, aber er blieb sitzen. Sein Selbstvertrauen wuchs schnell. Der Doktor preßte ihm einen großen Wattebausch, den er erst in eine rote Flüssigkeit getaucht hatte, auf den Kopf.

„Ich muß den Teil des Verbandes auflösen, der an Ihrer Wunde festgeklebt ist. Das wird ein paar Augenblicke dauern.“

Die Kälte der feuchten Watte tat Woltmann wohl. Nach etwa einer Minute zog der Doktor die durchschnittenen und nun aufgeweichten Verbandteile ab.

„Nicht zucken, auch wenn ein paar Haare mitgehen.“ Der Doktor sprach wie zu einem Kind. Woltmann mußte lächeln, obwohl wirklich ein paar Haare mitgingen.

Dann nahm der Doktor eine Schere und schnitt ganze Bündel aus seinem Haar heraus.

„Vorgestern habe ich Ihnen nur einen Rotverband anlegen können, aber heute möchte ich doch sehen, wie Ihre Wunde aussieht.“

Er arbeitete eine Zeitlang mit Wattetupfern und Schere daran herum. Dann lachte er auf.

„Das ist eine der tomiaksten Wunden, die ich je gesehen habe! Die Kugel ist hinter dem Haaransatz herein, dann am Schädelknochen abgeglitten und zwischen Haut und Bein weitergelaufen und hinten wieder herausgefahren. Praktisch gesprochen ist Ihnen nicht mehr passiert, als wenn Ihnen

hien vor dem Gesicht und Schußwaffen in den Händen. Die Angefallenen wurden in die hinteren Räume zurückgedrängt, die Räuber rissen das Geld an sich und flüchteten unauffällig.“

Ansprache im Theater

Kassel, 15. Juni. Bei der gestrigen zweiten Aufführung des englischen Schauspiels „Die Waterloo-Brücke“ im hiesigen Kleinen Theater wurde inmitten des vierten Aktes von nationalsozialistischer Seite eine Protestkundgebung gegen dieses ausländische Bühnenstück veranstaltet. Ein Nationalsozialist hielt eine Ansprache, in der er den Protest, der sich gegen den ausländischen Schundrichte, begründete. Ein Schauspieler suchte, die Aufführung des Stückes zu rechtfertigen, drang aber gegenüber den Protestrufen des Publikums nicht durch, so daß der Vorhang fallen mußte. Unter Absingung des Horst-Wesselliedes leerte sich das Theater.

Der Berliner Polizeipräsident muß gehen

Berlin, 15. Juni. Im preussischen Landtag wurde der nationalsozialistische Antrag, der im Zusammenhang mit den Vorfällen beim Aufzug der Skagerrakwache in Berlin die Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Orzeszinski verlangt, mit 241 Stimmen aller übrigen Parteien gegen 152 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Staatspartei angenommen.

Richtlinien über die Benützung des Rundfunks durch die Parteien

Berlin, 15. Juni. Die Reichsregierung hat beschlossen, für die bevorstehende Reichstagswahl den Parteien den Rundfunk nach Maßgabe folgender Richtlinien zur Verfügung zu stellen:

Wahlreden können Parteien halten, deren Wahlvorschlüsse zur bevorstehenden Reichstagswahl zugelassen werden, sofern jede dieser Parteien im Zeitpunkt der Aufhebung des letzten Reichstages mindestens in Fraktionsstärke (15) vertreten war. Auf die kommunistische Partei Deutschlands findet diese keine Anwendung. Gehen mehrere im letzten Reichstag vertreten gewesene Parteien in Form von gemeinschaftlichen Reichswahlvorschlüssen oder ähnlichen, zur Stimmwertung getroffenen wahltechnischen Maßnahmen zusammen, so wird auch die Vereinigte Wählergruppe zugelassen, wenn die in ihr zusammengeschlossenen Parteien im letzten Reichstag zusammen von mindestens 15 Abgeordneten vertreten waren.

Jede zum Rundfunk zugelassene Partei oder Parteigruppe stellt einen Redner, dessen Auswahl ihr überlassen bleibt. Die Reden werden über den Deutschlandsender gehalten und auf alle Sender übertragen.

Für die Durchführung der Wahlreden werden die dem Wahlsonntag vorangehenden sechs Werkstage, und zwar die Stunden von 19 bis 20 Uhr zur Verfügung gestellt. Jedem Redner stehen 25 Minuten zur Verfügung. Die Reihenfolge der Reden wird durch die Stärke der Parteien im letzten Reichstag hergestellt bestimmt, daß die schwächste Partei die Rednerreihe eröffnet. Die Parteien sind befugt, die ihnen zugeteilten Zeiten untereinander auszutauschen.

Die Manuskripte der Reden sind bis zum 21. Juli 1932 dem Vorsitzenden des Überwachungsausschusses des Deutschlandsenders im Reichsministerium des Innern einzureichen.

Wieder eine polnische Herausforderung

Danzig, 15. Juni. In offenkundiger Verletzung der Bestimmungen, die für das Anlaufen polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen gelten, ist heute früh gleichzeitig mit den englischen Torpedobooten das polnische Kriegsschiff „Wicher“ in den Danziger Hafen eingelaufen, ohne sich vorher beim Danziger Senat angemeldet zu haben. Ferner hat der Kommandant der „Wicher“ bei dem englischen Flottillenkommandeur innerhalb der Danziger Hoheitsgewässer einen Besuch abgeleistet.

Prozeß gegen Matuszka

Wien, 15. Juni. Der für heute vormittag 9 Uhr anberaumte Prozeß gegen den Eisenbahnbedienten Spilvester Matuszka begann mit einiger Verzögerung unter allen Anzeichen der Sensation. Schon lange vor Beginn der Verhandlungen hatten sich vor dem Hauptort des Landgerichts Hunderte von Personen eingefunden, von denen aber nur ein kleiner Teil mit Karten eingelassen werden konnte. Als Matuszka, begleitet von zwei Justizsoldaten, den Saal betritt, geht eine lebhafteste Bewegung durch die Zuhörer. Auf der Anklagebank breitet Matuszka vor sich eine Menge Papiere aus, aus denen er vermutlich die wiederholt angekündigte große Rede halten will. Diese Rede hat er in verschiedenen Entwürfen abgefaßt und in

jemand mit einem Prügel einen Hieb über den Schädel gegeben hätte.“

Woltmann atmete auf.
„Gefahr besteht keine und wenn Sie nicht wollen, dann brauchen Sie nicht ins Bett zurück. Der Knochen ist nicht beschädigt. Zumindestens kann ich keine Beschädigung feststellen. Vielleichte, daß die Kugel ein paar Splitterchen losgerissen hat. Aber die kommen dann wohl von selbst zum Vorschein. Sie werden noch ein paar Tage Kopfschmerzen haben, und dann ist die Sache vorüber.“

Der Doktor legte ihm einen Verband an, der ihm aber die Augen nun freiließ. Dann befahl er ihm, im Zimmer herumzugehen. Auch dies gelang ganz gut.

Befriedigt wollte der Arzt weggehen, da flüsterte einer der beiden Wärter ihm einige Worte zu. Ein kurzes Zwiegespräch folgte; dann drehte sich der Doktor scharf auf den Fernen um und fragte Woltmann plötzlich in geänderterem Ton:

„Wi goworite po Russy?“ — (Sprechen Sie russisch?)

Woltmann hatte die Geistesgegenwart, ein erstauntes Gesicht zu machen und zu fragen: „Was meinen Sie, Herr Doktor?“

„Ob sie russisch sprechen? Der Wärter sagte mir, daß Sie gestern am Wagen Wasser verlangt und dabei das Wort „Woda“ gebraucht haben.“

Woltmann zwang sich zu einem Lächeln.

„Sie kennen ja Wien, Herr Doktor. Unsere Familie hatte, wie viele andere, ein tschechisches Dienstmädchen. Und von der habe ich etwas Tschechisches gelernt.“

Das Gesicht des Doktors hellte sich auf. Dann sagte er plötzlich:

„Machen Sie einmal das Kreuzeszeichen.“

verschiedenen Farben niedergeschrieben, so einen Anstrich an das ungarische Volk in den Farben rot, grün, blau und gelb, teils mit Tinte, teils mit Farbstift. Auf dem Gerichtstisch liegen Schienenstücke, Schraubstücke, Schraubenschlüssel und andere Korporadeln. Matuszka macht einen sehr intelligenten Eindruck. Nach Erledigung der Formalitäten beginnt die Verlesung der umfangreichen Anklageschrift.

Ueberfall auf einen französischen Proviantzug bei Rabat

Paris, 15. Juni. Wie Havas aus Rabat meldet, haben gestern dort Eingeborene einen französischen Proviantzug angegriffen, der den kürzlich östlich von Tilliguit im Gebiet der Alt-Estra neu geschaffenen Posten mit Lebensmitteln und Munition versorgen sollte. Die Luftschiffen wurden mit beträchtlichen Verlusten in die Flucht geschlagen. Die Franzosen verloren zwei Unteroffiziere und 14 Mann.

Die Nachforschungen nach Vertram

Perth (Westaustralien), 15. Juni. Nach einer Meldung aus Wundham wird die Glaubwürdigkeit der Eingeborenenberichte, wonach das Wasserflugzeug des deutschen Fliegers Vertram aufgefunden worden sei, jetzt bezweifelt. Die Nachforschungen werden nach allen Richtungen fortgesetzt.

Württemberg

Landtagszusammentritt am 23. Juni

Stuttgart, 15. Juni.

In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses des Landtags warf Präsident Mergenthaler die Frage des Zusammentritts des Landtags auf. Die Heuernte sei im vollem Gange und die Landwirte hätten den Wunsch, daß der Landtag jetzt nicht einberufen werde. Der Präsident gab einen Ueberblick über die zu bewältigenden Aufgaben und vertrat die Auffassung, daß eine zweite Generaldebatte vermieden werden sollte. Dagegen sei es erwünscht, die rein württembergischen Fragen in den Vordergrund zu rücken; hierzu seien 4-5 Tage für das Plenum notwendig. Es wurde nach einer Aussprache mit Mehrheit beschlossen, die nächste Tagung des Landtags am 23. Juni zu beginnen. Betagt soll werden am 23., 24., 25., 28. und 30. Juni; eventuell noch am 1. Juli. Die Verteilung der Referate über den Staatshaushalt rief erneut eine lebhafteste Ausprache hervor. Die Verteilung der Referate wurde wie folgt vorgenommen: Die Nationalsozialisten stellen die Referate für die Etatskapitel 1-4, 13-21, 47-59 und 74-80, das Zentrum für die Kapitel 22-28, 45, 46, 69 bis 63, 65, 89-98 und für das Etatsgesetz. Die Sozialdemokraten stellen die Referate für die Kapitel 1-4, 5-7, 64, 67-70, 81-87 und erhalten weiter das Referat „außerordentlicher Dienst“. Bürgerpartei und Bauernbund fallen zu die Kapitel 29-54, 66 und 88. Der Finanzausschuss tritt am Dienstag zur Beratung der ihm überwiesenen Anträge zusammen.

Zollschutz für Häute und tierische Fette

Die Abg. Volkert, Schmid und Kugler (WB.) haben im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht:

Die Absatzkrise beim Verkauf von Häuten und Fetten, die beim Schlachten von Rindvieh anfallen, ist mit einer Ursache der niederen, verlustbringenden Viehpreise. Das Mehrgewerbe wird in gleicher Weise wie die Landwirtschaft durch den Tiefstand der Häute- und Fettpreise geschädigt. Wir hatten im Jahr 1931 eine Einfuhr von Häuten vom Ausland in Höhe von 1.153.721 Ztr. Während das Leder und alle Lederwaren einen Zollschutz genießen, sind Häute und Felle zollfrei. Bei der Verwertung tierischer Fette sind große Schwierigkeiten vorhanden, da die ausländischen Erzeugnisse unseren Fetten vorgezogen werden.

Wir fragen nun das Staatsministerium: Sind diese Verhältnisse bei den maßgebenden Stellen der Regierung bekannt? — Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß auch die Einfuhr von Häuten vom Ausland ebenfalls durch Zölle reguliert wird, wie dies beim Leder und den Lederwaren geschieht? — Ist das Staatsministerium bereit, sich mit der Leder- und Fettwarenindustrie ins Benehmen zu setzen, um eine Verwendung einheimischer Erzeugnisse zu angemessenen Preisen herbeizuführen und gegebenenfalls bei der Reichsregierung die Einführung eines Verwendungszwangs zu befürworten?

Wer ist Medicato?

Verblüfft hob Woltmann seine rechte Hand erst langsam zur Stirn, dann herunter zur Brustmitte... und dann schoß es ihm wie ein Blitz durch den Kopf, und er erkannte die Gefahr, in die ihn die anscheinend so einfache und harmlose Frage gebracht hatte, und er legte die Fingerspitzen erst auf die linke Brustseite und dann auf die rechte und nicht so, wie es ihn die Mutter gelehrt hatte, erst auf die rechte und dann auf die linke Seite. Sie, die Russin, hatte ihn das Kreuzeszeichen der orthodoxen russischen Kirche gelehrt, obwohl er nicht in dem Glauben ihrer Kirche erzogen wurde.

Seine Geistesgegenwart hatte ihn gerettet. Befriedigt lachend verließen der Doktor und die russischen Träger das Zimmer.

Woltmann aber wankten die Knie, und er mußte sich niederlegen. Er begann zu begreifen, daß das Verschweigen seiner Kenntnis von Russland und dessen Sprache eine unendlich schwierige Aufgabe sei. Aber es war eine gute Lehre, die er erhalten hatte, und sie trug ihre Früchte. Von nun ab wurde er vorsichtiger.

Bald lehrte seine Erinnerung zurück zu seinen Kameraden. Ob sie ihn wohl für tot hielten? Und dann schreckte ihn ein Gedanke auf. — Herma und sein Vater! Er mußte diesen beiden, die das Teuerste in seinem Leben waren, so rasch wie möglich Nachricht geben. Er suchte in seinen Taschen nach einem Bleistift. Es war ein kleiner Schiebelbleistift aus Gold, den Herma ihm geschenkt hatte. Er suchte und suchte. Vergebens, der Bleistift war weg.

Fortsetzung folgt.

Die Gründe

Warum die Rede Strassers nicht auf den Süddeutschen Rundfunk übertragen wurde

Stuttgart, 15. Juni. Vom Ueberwachungsausschuss der Süddeutschen Rundfunk AG. wird mitgeteilt: „In den Kreisen der Rundfunkhörer und der Öffentlichkeit überhaupt wird an der Haltung des Ueberwachungsausschusses der Südd. Rundfunk AG. Kritik geübt, weil er die Uebertragung der Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Strasser auf den Südfunk abgelehnt hat. Der Ueberwachungsausschuss hat sich bei seiner Entscheidung an die für das Nachrichten- und Vortragswesen des Rundfunks geltenden, von der Reichsregierung erlassenen Richtlinien gehalten. Nach diesen Richtlinien dient der Rundfunk keiner Partei. Sein Nachrichten- und Vortragsdienst ist streng überparteilich zu gestalten. Der Ueberwachungsausschuss hat bei allen früheren Entscheidungen jeden Versuch abgelehnt, den Süddeutschen Rundfunk in den Dienst irgend einer Partei zu stellen. Er hat noch in keinem Fall eine Ausnahme gemacht und mußte deshalb auch im Falle Strasser an seiner Stellungnahme festhalten. Dabei spielten irgendwelche parteipolitischen Erwägungen nicht die geringste Rolle. Die Zulassung von Reden der Vertreter des Reichs und der Länder ist nicht Sache des Ueberwachungsausschusses, sondern der Regierung selbst.“

Der Wiederaufbau des Alten Schlosses

Stuttgart, 14. Juni. Die Arbeiten der Aufräumung des ausgebrannten Ostflügels des Alten Schlosses sind in der Hauptsache vollendet. Sie haben etwa 10 Wochen in Anspruch genommen. Ingesamt wurden in dieser Zeit rund 720 schwere Kraftwagen Brandschutt, d. h. Steinbrocken, Mörtel, Füllmaterial u. dergl. von zusammen rd. 8000 Kubikmeter abgeführt. Darin ist nicht enthalten die große Menge des vom Brand noch zurückgebliebenen, nur angefohlten Holzes, mit dem samt den vielen Kubikmetern völlig verbranntes Holz das Innere des ganzen Ostflügels von der Türnisch bis zum Dachstuhl konstruiert war. Das noch gerettete Holz wurde größtenteils schon beim Aufräumen in kleinere Längen zerlegt und dann in einzelnen Losen als Brennholz zu sehr niederen Preisen insbesondere an Arbeitslose und Unbemittelte abgegeben. Auf diese Weise wurden allein rd. 1000 Kubikmeter Brennholz verkauft, während noch etwa 100 Kubikmeter sehr gutes Holz auf der Brandstelle aufgestapelt sind. Weiterhin lagern im Ostflügel selbst, im Schlosshof und um das Schloss herum noch rd. 50 Kubikmeter Sandsteine, die zum Teil zum Wiederaufbau Verwendung finden können.

Vor der Weiterverfolgung des seitens des Bundes Deutscher Architekten in dankenswerter Weise gemachten Angebots eines öffentlichen Wettbewerbs müssen alle Vorfragen behandelt, vor allem muß aber das Programm der Weiterverwendung des ganzen Alten Schlosses und damit natürlich das Raumprogramm für den Ostflügel eingehend geklärt sein. Es darf nicht verkannt werden, daß der Zweck eines öffentlichen Wettbewerbs nur dann erfolgreich erreicht werden kann, wenn dem Bewerber ganz klare Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Der bauliche Zustand der Mauernreste hat sich seit den Brandtagen im Dezember und Januar keineswegs so verändert, daß eine wesentliche Einsturzgefahr nachgewiesen werden könnte. Durch die Brandschützungscommission wird nun festgestellt werden, welche Mauerteile unabhängig von den Bedürfnissen des späteren Wiederaufbaus noch beseitigt werden müssen.

Es ist zu wünschen und anzustreben, den Wiederaufbau so rasch als möglich durchzuführen. Dies geht schon aus dem staatlichen Aufruf für die Sammlung unzweideutig hervor. Daß der Wiederaufbau völlig abhängig ist von der Beschaffung der nötigen Geldmittel ist eine unumstrittene Tatsache. Das Ergebnis der Höhe der Brandentschädigung wird erst nach Abschluß der umfangreichen Schätzungsarbeiten endgültig festgestellt sein. Hierzu kommen die freiwilligen Spenden einschließlich der 100.000 M. des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und das zu erwartende Ergebnis der Lotterie. Es ist, wenn nicht ganz Unvorhergesehenes eintritt, anzunehmen, daß mit diesen Mitteln der Wiederaufbau erstellt werden kann und daß auf diese Weise die noch zu erhaltenden Mauerteile vor weiterer Zerstörung geschützt werden können.

24 Jahre Zuchthaus für den Welzheimer Raubmord

Stuttgart, 15. Juni. Nach der schnellen Aufklärung des grausamen Verbrechens, das am 21. April d. J. in Welzheim an der 67 J. a. Schreinerwitwe Marie Wils begangen wurde, hatten sich am Mittwoch vormittag die beiden Täter, der 26 J. a. ledige Schreiner Richard Schulten aus Düsselberg und der 23 J. a. ledige Schreiner Friedrich Hirschberg aus Dortmund, unter der Anklage des gemeinschaftlich verübten schweren Raubs mit nachgefolgtem Tod vor dem Schwurgericht Stuttgart zu verantworten. Beide Angeklagte sind in vollem Umfang geständig. Sie bekräftigen die Tat und ihre schweren Folgen. Sie bestreiten übereinstimmend, eine Tötungsabsicht gehabt zu haben. Nach dem Sektionsbefund ist ihnen dieses Vorgehen nicht zu widerlegen. Beide sind wegen Bettels mehrfach vorbestraft. Das Urteil lautet auf je 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Stuttgart, 15. Juni.

Neue Volksschulrektoren. Der Staatspräsident hat je eine Lehrstelle mit Rektorat an der evangelischen Volksschule in Biberach a. N. dem Amtsverweiser Otto Hoh in Waiblingen, Heidenheim (Bergschule) dem Rektor Gaiser in Gerstetten a. N., Heidenheim, Stuttgart (Wagenburgschule) dem Amtsverweiser Dr. Paul Lamparter in Tübingen, Ulmingen a. N. Öppingen dem Lehrer Leonhard Braun in Heilbronn, Waiblingen dem Amtsverweiser Dr. Hermann Schölkopf in Tübingen übertragen.

Arbeitsstatistik. In der 22. Jahreswoche vom 29. Mai bis 4. Juni 1932 wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 14 (tödtlich 0); Rindpest 1 (1); Lungen- und Kehlkopftuberkulose 15 (22); Scharlach 29 (0); Paratyphus 6 (0); Fleischvergiftung 2 (0); Spinale Kinderlähmung 1 (0).

Gesunde Frau — gesundes Volk. Auf die Werkbund-Ausstellung „Wohnbedarf“ folgt auf dem Gewerbeausstellungsgelände eine weitere zeitgemäße Ausstellung „Gesunde Frau — gesundes Volk“, die vom Deutschen Hygiene-Museum Dresden veranstaltet und in Verbindung mit der Stuttgarter Handelshof-AG. vom 12. Juli bis 7. August durchzuführen wird.

Kochen Sie MAGGI Suppen

Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

— 32 Sorten —

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

80 Jahre alt. Landgerichtsdirektor a. D. Balluff vollendet morgen sein 80. Lebensjahr. 1880 fand er seine erste planmäßige Anstellung als Amtsrichter in Saulgau. 1886 wurde er Landrichter in Ellwangen, 1896 Landgerichtsrat in Heilbronn, 1909 Landgerichtsdirektor in Stuttgart, wo er lange Jahre hindurch den Vorsitz in einer Strafkammer und im Schwurgericht führte. Nach Vollendung des 70. Lebensjahrs trat er, nachdem er 44 Jahre hindurch als Richter gewirkt hatte, Ende 1922 in den Ruhestand.

Politische Zusammenstöße. Heute vormittag kam es vor dem Arbeitsamt zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Als die Nationalsozialisten Flugblätter verteilen wollten, in denen zum Besuch einer Versammlung aufgefordert wurde, wurden sie von anwesenden Kommunisten daran gehindert, und es kam im Verlauf zu einer kleinen Schlägerei. Die Polizei zerstreute die Ansammlungen ohne große Mühe.

Ein Flugblattverteiler der NSDAP. bewegte sich, obwohl das Uniformverbot noch nicht aufgehoben ist, in voller Uniform auf der Straße beim Arbeitsamt. Er wurde festgenommen und vom Schnellrichter zu 40 M. Geldstrafe verurteilt.

Verbotene Anpflanzung von Hybridenreben. In einem Erlaß des Wirtschaftsministeriums heißt es, daß nach Mitteilung des Württ. Weinbauvereins in diesem Frühjahr dem bestehenden Verbot zuwider Hybridenreben angepflanzt worden sind. Das Polizeipräsidium Stuttgart und die Oberämter der Weinbaugemeinden werden nun ersucht, die zur Ueberwachung der Rebplantagen berufenen Organe erneut auf ihre Anzeigepflicht hinzuweisen, dem Verbot mit Nachdruck Geltung zu verschaffen und gegen Zuwiderhandlungen mit aller Strenge vorzugehen.

Sinnlose Zerstörungswut. Angeblick aus Verbitterung und Wut über seine lange Arbeitslosigkeit warf der 30 J. a. aus Westpreußen stammende Maurer Johannes Praß in der Nacht auf Sonntag fünf Scheunfenster im Wert von 3600 Mark beim Kaufhaus Schöckel ein. Politische Beweggründe kommen nicht in Frage. Das Schnellschöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis. Er nahm das Urteil sofort an.

Cannstatt, 15. Juni. Todesfall. Frau Lina Daimler, geb. Schwend, die Witwe des 1900 verstorbenen Kommerzienrats Gottlieb Daimler, des Erfinders des Autos, ist gestern früh an den Folgen eines Schlaganfalls im 78. Lebensjahr in Cannstatt verschieden. Die Verstorbene war 1855 in Schwäbisch Hall geboren und verbrachte lange Jahre in Florenz. Später kam sie nach Cannstatt und verheiratete sich 1893 mit Gottlieb Daimler.

Aus dem Lande

Ehlingen, 15. Juni. 35. Württ. Landeschießen. Das 35. Württ. Landeschießen findet hier vom 2.—4. Juli 1932 statt. Gleichzeitig feiert die Ehlinger Schützengilde ihr 550jähriges Jubiläum.

Kellersburg a. N. Waiblingen, 15. Juni. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde der bisherige Amtsinhaber Bürgermeister Hahn mit 120 von 123 gültigen Stimmen wiedergewählt.

Schorndorf, 15. Juni. Tödlicher Unfall. Nachts fuhr der Mitte der 40er Jahre stehende verheiratete Hausflüchler Herrmann Kommel von Schorndorf mit seinem Fahrrad auf den von Schorndorf herkommenden Anhängerwagen des Lastautos vom Sauerhölle kurz vor der Reinsbrücke auf. Kommel war auf der Stelle tot.

Güglingen a. N. Brackenheim, 15. Juni. Erwerb des Herrschaftskellers. Der Gemeinderat hat den sog. Herrschaftskeller unter der Stadtkeller erworben. Damit kommt die Stadtgemeinde in den Besitz eines 600 Quadratmeter großen, sehr wertvollen Kellers, der in den Fünfzigerjahren des 16. Jahrhunderts vom Staat unter Herzog Christoph erbaut wurde. Auch die Keller gehörte früher dem Staat, der sie im Jahr 1845 samt Wandhausgebäude und Hofraum erwarb. Bis auf weiteres wurde ein Mietvertrag abgeschlossen.

Heilbronn, 15. Juni. Högiger Politiker. Am 9. April fand in Untergruppenbach ein nationalsozialistischer Vortrag statt. Als die Ortsgruppe Isfeld der NSDAP. abends nach Haus zog, fielen vom Kirchgarten her fünf Schüsse, von denen einer die Motorhaube eines Autos traf; ein zweiter Schuß traf als Querschläger einen Radfahrer in die Wade, ohne eine ernste Verletzung hervorzurufen. Der Täter, ein 22jähriger Reichsbannermann, gab an, er hätte sich über die kräftigen Worte, die in der Versammlung gesprochen wurden, so aufgeregt, daß er gar nichts mehr überlegt habe. Das Gericht erkannte auf zehn Monate Gefängnis.

Triensbach a. N. Crailsheim, 15. Juni. In den Ruhestand. Die Reihen der noch im Dienst befindlichen lebenslänglichen Ortsvorsteher lichten sich mehr und mehr. Unser langjähriger Ortsvorsteher, Bürgermeister Köhler, hat sein Amt am 30. April ds. Js. niedergelegt. Mit ihm scheidet der letzte lebenslängliche Ortsvorsteher des Oberamtsbezirks Crailsheim und ein markanter, würdiger Repräsentant des Standes der vollstündlichen, bodenständigen Bauernschultheißen aus dem Dienst.

Ulrich, 15. Juni. Auf dem Schulausflug beim Baden ertrunken. Der 15jährige Sohn Wilhelm der Frau Hüfner, Witwe des früher in Reutlingen ansässigen und im Krieg gefallenen Möbeltransporteurs Hüfner, war mit der Schule auf einem Ausflug in Beuron. Dort wurde in der Donau ein Bad genommen, wobei der junge Hüfner plötzlich erkrankte. Nach 20 Minuten konnte seine Leiche geborgen werden.

Schorzingen a. N. Spaichingen, 15. Juni. Brand. Morgens brach im Anwesen der hiesigen Bürger Rupert Schneider und Jakob Bregenzler, die beide ein Haus bewohnten, Feuer aus. Vom Bühnenraum ausgehend, verbreitete es sich rasch übers ganze Gebäude. Da die Feuerwehre rasch zur Stelle war, brannte nur das Dachgebälk und eine Kammer, in der sich einige Kästen mit Kleibern befanden, aus. Im Abriau konnte das gesamte Haus-

inventar, wie auch das Vieh und die Fahrnis gerettet werden. Die beiden Hausbesitzer wurden bis zur Klärung des Brandfalls inhaftiert.

Ulm, 15. Juni. Familiendrama vor dem Schwurgericht. Wegen Totschlags stand der ledige Maler Wilhelm Ott, geboren 1911 in Halzhausen a. N. Ulm, vor dem Schwurgericht. Er wird beschuldigt, er habe seinem 33 J. a. Stiefvater Wilhelm Kurz bei einer Kauferei, bei der er diesen zu Boden geworfen hatte, auf ihm liegend mit seinem Taschenmesser zwei scharfe, tiefgeführte Schnitte in den Hals beigebracht, so daß dieser verblutete und nach wenigen Minuten starb. Die Mutter des Angeklagten hatte, nachdem ihr erster Mann gestorben war, den 12 Jahre jüngeren Kurz geheiratet. Aus erster Ehe sind drei Kinder vorhanden. Der Stiefvater war ein Trinker. Es kam zwischen ihm und den Stieftöchtern oft zu Auseinandersetzungen. Seiner Frau hat er schon mit Art und Weis gedroht. Einmal hat er ihr ein Messer nachgeworfen, das ihr im Gesicht stecken blieb. Am 17. März d. Js. hatte Kurz die Frau so mit der Faust ins Gesicht geschlagen, daß der ganze Kopf blutunterlaufen war. An diesem Abend kam es zwischen Ott und Kurz zu der Kauferei. Der Angeklagte entschuldigt die Tat damit, daß er durch die fortgesetzten Mißhandlungen und Drohungen, die ihm und seinem Bruder und auch der Mutter zuteil wurden, und bei Ansicht der Mutter in eine furchtbare Erregung gekommen sei, so daß er gar nicht mehr wisse, wie eigentlich alles vor sich gegangen sei. Das Urteil lautete wegen Totschlags unter Zugrundelegung von Notwehr und mildern Umständen zu 8 Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft geht ab.

Landestagung der Flaschnermeister. Anlässlich des 60jährigen Bestehens hält der Verband der Flaschnermeister und Installateure Württembergs hier am 18. und 19. Juli seine Landestagung ab, die zugleich Jubiläumstagung ist.

Dürmentingen a. N. Riedlingen, 15. Juni. Drillinge. Am letzten Sonntag lehrte bei Andreas Mohn jung hier großes Familienglück ein. Drei gesunde Buben kamen auf die Welt, im Gewicht von 5, 4,5 und 4 Pfund. Mutter und Kinder sind wohl.

Vom bayerischen Allgäu, 15. Juni. Spanien kauft Zuchtvieh. Zurzeit weist eine landwirtschaftliche Kommission aus Spanien im Allgäu, bestehend aus katalanischen Gutsbesitzern, die Zuchtvieh im Allgäu aufkaufen wollen. Unter Führung von Tierzuchtinspektor Dr. Haugg-Kempten wurde eine Reihe von Zuchten im Allgäu und in Württemberg besucht und mehrere Käufe von Jungvieh getätigt. Das Urteil der Spanier über das Braunvieh war ein sehr gutes.

Sinrichtung

Tübingen, 15. Juni. Das Todesurteil an dem Hilfsarbeiter Benke aus Engelsbrand a. N. Neuenbürg, der vom Tübinger Schwurgericht wegen vierfachen Mords, begangen in der Nacht vom 28. März 1931 an seinen Schwiegereltern, seiner Frau und seinem 8jährigen Söhnchen, dreimal zum Tod verurteilt wurde, wird, nachdem der württ. Staatspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, Freitag früh 5 Uhr in Tübingen vollstreckt.

Lokales.

Wildbad, den 16. Juni 1932.

Werbeveranstaltungen des Vereins fürs Auslandsdeutschtum.

Wieder hatte sich eine große Menge Kurgäste und Einheimischer eingefunden, als letzten Samstagabend bei einbrechender Dunkelheit der bunte Zug fröhlicher Lampions der Wildbader Schulen seinen Weg durch die Stadt nahm, voran unsere hiesige nimmermüde Musikkapelle und die schmucke Wimpelgruppe. Dichtgedrängt stand es, als der Lichterkreis sich um den Musikpavillon auf dem Kurplatz geschlossen hatte. Da erklangen machtvoll die beiden Chöre des Liedertranzes über den nächtlichen Platz. Die Worte des Herrn Medizinalrats Dr. Schnizer führten Herz und Gedanken der Lauschenden hinaus zu den 40 Millionen Volksgenossen, die jenseits unserer Grenzen wohnen, zu deren Schicksal gerade in der letzten Zeit so unagbar schwer geworden ist, denen man ihr Bestes und Innerstes zu nehmen versucht, den Mutterlaut, die Seele. Er redete davon, was viele uns auch heute angehen und wie wir trotz unserer eigenen Not den Blutsbrüdern in der Fremde helfen müssen und wollen. Das Treugelübnis der Anwesenden war das mit Begeisterung gesungene Lied: „Deutschland Deutschland über alles“. Tiefen Eindruck nahmen die Schüler mit, als sie unter den Klängen der Kapelle durch die König-Karlstraße wieder heimwärts zogen.

Die Sonne strahlte den ganzen Sonntag vom blauen Himmel herab und brachte eine große Zahl Fremder in unsere Stadt. Dies half mit zum Erfolg des Blumentags. Die Sammlerinnen waren mit Freude und Eifer bei ihrer Aufgabe, die heuer doppelt schwer war. Die Leitung durch die Damen war umsichtig und geschickt. Konnte das Ergebnis der Sammlung, wie vorauszusehen war, nicht das früherer Jahre erreichen, so brachte es doch die ansehnliche Summe von etwa 400 M.; die Arbeit aller um die Sammlung sich Mühennden war gut belohnt.

Abends lud der VDA. noch einmal ein zu dem Vortrag von Frau Maria Kahle über „Der Kampf der deutschen Widerheiten in Europa“. Es war ein Höhepunkt der Veranstaltungen. Herr Dr. Schnitzer begrüßte die Anwesenden und führte Frau Kahle, die als hervorragende Rednerin bekannt ist, als Tochter der „Roten Erde“ ein, die lange in Brasilien lebte und viel unter den Grenzdeutschen weite. Mit ihrer freien Sprache, ihren durchsichtig aufgebauten, anschaulichen, in reichem Erleben gründenden und vom warmen Feuer tiefer Anteilnahme getragenen Ausführungen fesselte sie die Zuhörer von Anfang bis zu Ende. Sie zeigte, wie eider Ruf der Freiheit und Gleichheit der Völker zum erstenmal in den amerikanischen Freiheitskriegen erscholl, wie er in der Geschichte weiter wirkte, in dem Versailler Diktat verwendet wurde, Gebiete von uns abzutrennen und kleine Staaten rings um uns zu schaffen — und wie wir nicht ruhen dürfen, bis auch für uns dieses Recht gilt. Sie redete davon, wie uneins und gespalten wir früher waren, wie glücklich stolz und zufrieden wir waren, als der einzige Staat gegründet war, wie aber wenige darüber hinaus an das ganze deutsche Volk in der weiten Welt dachten. Ein großes Erleben mußte die Deutschen auftrüben. Es kam. Sie erzählte, wie damals als 1914 der Sturm über Deutschland hereinbrach, Deutsche im Westen von Südamerika aufbrachen, quer durchs Festland der Westküste zutrieben, unbekümmert um die hagerfüllten Blicke und Worte der Andersvölkischen und keine Gefahr scheuten bis sie zu ihrem

Ziel durchzuführen, nach Deutschland, dort für das Vaterland mit dem Blut zu stehen, dann kam das unglückselige Ende Ringens, die gewalttätige Losreißung vieler Deutscher aus dem Mutterland und das schwere Schicksal derer in der Heimat. Da wachte aber das Fühlen und Wissen um das eine Blut, die eine gemeinsame Schuld und das eine gemeinsame Schicksal erst recht auf. Von draußen gingen sie an zu helfen. Und dann erzählte Frau Kahle noch von ihrem Erleben in allerjüngster Zeit, von dem Jammer und der Vergewaltigung der Deutschen im Osten, von der großen Standhaftigkeit und dem Opfermut dieser Stammesgenossen, die uns daheim beschämen muß. Zum Schluß rief sie uns zu, in unserem Schicksal nicht kleiner zu sein und die draußen jetzt nicht im Stich zu lassen. — Großer Beifall und herzliche Worte des Vorsitzenden dankten ihr.

Die Veranstaltung war umrahmt von feinen Musikvorträgen der Herren Oberlehrer Wildbreit (Klavier) und Wolf (Flöte), letzterer, zu kurzem Besuch in der Heimat weilend, hatte sich gern in den Dienst der Sache gestellt.

Dem Viederfranz und dem Musikverein für ihre gütige Mitwirkung, der Stadt- und Badverwaltung für ihre wohlwollende Unterstützung, insbesondere den Damen und Sammlerinnen des Blumentags für ihre Arbeit, den Lehrerinnen und Lehrern und all denen, die zum Gelingen der Veranstaltungen mitgeholfen haben, nicht zuletzt den freundlichen Gebern sei herzlich Dank gesagt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Großfeuer in Saarlouis

Saarlouis, 15. Juni. Im Sudhaus der Aktienbrauerei entstand gestern ein Feuer, das an den großen Holzvorräten reiche Nahrung fand und daher eine riesige Ausdehnung annahm. Insgesamt wurden 5000 Jtr. Holz vernichtet. Der Brandschaden ist sehr hoch, doch erleidet der Brauereibetrieb keine Beeinträchtigung.

Strafgericht des Saarlouis. In der Hofe des Landgerichtsgefängnisses in Weimar wurde heute früh um 5 Uhr das Todesurteil an dem Mörder P. Dähler vollstreckt, der im vorigen Jahre die 8 Jahre alte Hilde Dibröwenka, die Tochter eines Landarbeiters, in der Nähe von Bucha bei Jena in einen Wald gelockt, vergewaltigt, beraubt und schließlich mit einem Strick erdrosselt hatte.

Bekämpfung der Rinderpest und der Bandwurmkrantheit des Menschen. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Innenministerium hat im November v. J. durch einen im Amtsblatt erschienenen Erlaß besondere Anordnungen zur Bekämpfung der in letzter Zeit vermehrt festgestellten Rinderpest und damit auch zur Verhütung der Bandwurmkrantheit des Menschen getroffen. Durch einen neuen Erlaß wird bekanntgegeben, daß nach einem Beschluß des Verwaltungsausschusses der Zentralstelle der Viehhändler die Prämie für die Einbringung eines Bandwurms mit Kopf 5 auf 10 Mark erhöht worden ist. Der abgetriebene Wurm mit Kopf ist in Spiritus eingelegt, gegebenenfalls dem behandelnden Arzt dem Tierärztlichen Landesamt zur Untersuchung zu übersenden, worauf dem vom Arzt benannten ehemaligen Bandwurmträger die Prämie ausbezahlt wird.

Handel und Verkehr

Berliner Pfandkurs, 15. Juni, 15,41 G., 15,45 B.
Berliner Dollarkurs, 15. Juni, 4,209 G., 4,217 B.
Dt. Abl.-Anf. 37,82.
Dt. Abl.-Anf. ohne Ausl. 3,39.
Privatdiskont 4,75 v. H. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 15. Juni, Grundpreis 42 RM, d. Hg.
Golddiskontbank zahlt 10 Proz. des 50-Mill.-Doll.-Kredits zu. Im Zusammenhang mit der bereits gemeldeten Verlängerung des 50-Mill.-Doll.-Bereitschaftskredits wird aus Neupost ge-

meldet, daß die Deutsche Golddiskontbank die sofort zurückzahlenden 10 Prozent der Gesamtsumme (5 Mill. Dollar) gezahlt hat.

Erhöhung der Holzölle. Im Deutschen Reichsanzeiger wird eine mit dem 1. Juli 1932 in Kraft tretende Verordnung veröffentlicht, nach der auf Grund der der Regierung erteilten Zollermächtigung vom 9. März 1932 die Zollsätze für Holz erhöht werden.

Die Verschuldung der Landwirtschaft. Nach Angaben im Sonderheft 26 der „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung“ über Lage und Aussichten des Immobilienkredits ist die Gesamtverschuldung der deutschen Landwirtschaft von 1925 bis 1931 um 475 Milliarden RM. gestiegen und beträgt heute rd. 11,8 Milliarden RM.

Vorschläge gegen das Kraftverkehrsmonopol. Die Spitzenvertretung für den gewerblichen Kraftverkehr will nach Abschluß der jetzt schwebenden Beratungen in aller nächster Zeit praktische Vorschläge für eine wirksame Beaufsichtigung des Güterfernverkehrs mittels Kraftfahrzeuge sowie Richtlinien für eine gesunde Entwicklung des Kraftwagen-Güterverkehrs dem Reichsverkehrsministerium vorlegen, die als geeignet bezeichnet werden, den Monopoltenden der Reichsbahn wirksam entgegenzutreten.

Kleine Belegung am Baumarkt. Im April setzte sich laut „Zeitschrift und Statistik“ die frühjahrsmäßige Belegung der Lohnbauartigkeit in verstärktem Maß fort. Die Besserung hielt sich jedoch in dem durch die allgemeinen Finanzierungsschwierigkeiten bedingten engen Rahmen, nirgends wurden die vorjährigen Ergebnisse auch nur annähernd erreicht. Hinter den vorjährigen Ergebnissen blieben die Baubeginne um 30, die Bauverläufe um 33 Proz. zurück. Verhältnismäßig weit weniger (27 Proz.) sind die Bauanträge gegenüber dem Vormonat gestiegen. Ihre Zahl war nur etwas mehr als halb so groß wie im April 1931. Besonders bemerkenswert ist die verhältnismäßig starke Zunahme des Baues von Kleinhäusern, vor allem von Einfamilienhäusern, für die zurzeit größere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen als für den Großbau.

Zeppelinstift nach Eichenstein. Am 28. Juni findet eine Fahrt des „Orl Zeppelin“ nach Badau, der Hauptstadt des Fürstentums Eichenstein, statt. Bei dieser Gelegenheit wird auch Post befördert werden und zwar gibt das Postamt Badau besondere Briefmarken im Wert von 1 Fr. für Postkarten und 2 Fr. für Briefe heraus. Diese Briefmarken werden vermutlich bald großen Sammlerwert besitzen.

Die Entwertung des Gemeindefonds. Wie sehr die Gemeindefonds im Wert zurückgegangen sind, dafür liefert der Leiter der Stadtwald, der etwa 2000 Morgen umfaßt, ein Beispiel. Die Reineinnahmen aus dem Stadtwald betragen 1927: rund 88 000 M.; 1928: 73 000 M.; 1929: 58 000 M.; 1930: 50 000 M.; 1931: 18 000 M. Nur dadurch, daß 7000 M. an den Ausgaben gestrichelt wurden, konnten für 1932 rd. 17 000 M. Einnahmen in den Etat eingestellt werden. Sonst wäre die Reineinnahme auf etwa 10 000 M. herabgesunken. Während früher durch die Einnahmen aus dem Stadtwald ein großer Teil der Ausgaben gedeckt werden konnte, werden die Einnahmen heute durch die Ausgaben größtenteils aufgezehrt. Wenn man bedenkt, daß der Stadtwald schon auf 2 Mill. Mark taxiert wurde, kann man die „Rentabilität“ leicht ausrechnen.

Die außerordentliche Generalversammlung der Württ. Spar- und Hypothekensparen A.G. Künigsau war sehr gut besucht. Der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats, Dir. Hermann Heilbrunn, machte gemäß § 240 HGB. die Mitteilung, daß auf Grund eines von der Heilbronner Treuhandgesellschaft m. b. H. aufgestellten Status mehr als die Hälfte des Aktienkapitals als verloren anzusehen sei. Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung Beschlussempfehlung über den bei Gericht eingereichten Vergleichsvorschlag. Nach mehrstündiger, lebhafter Aussprache fand der Vergleichsvorschlag die einstimmige Annahme der anwesenden Aktionäre.

Württembergische Leinen-Industrie, Blaubeuren. Der Hb. am 15. Juni wird die Einziehung von nom. 45 000 M. eigenen Aktien und die Herabsetzung des verbleibenden Kapitals von 720 000 M. im Verhältnis 5:3, somit um 288 000 auf 432 000 M. im Wege der erleichterten Kapitalherabsetzung zwecks Tilgung des Verlustes und Vornahme von Abschreibungen vorgeschlagen. Das Stimmrecht der Vorzugsaktien soll herabgesetzt werden.

Der württ. Hopfenbau. Nach dem Bericht des Vorsitzenden des Bezirksvereins Rottenburg haben die Verkaufspreise der Hopfenenergie 1932 die Notlage der Hopfenpflanzer im Anbaugebiet Rottenburg, Herrenberg und Weilerbach in hohem Maß verschärft. Die nächste Folge war eine durchaus verhängnisvolle Nulllosigkeit und Andamüdigkeit, die eine nicht unerhebliche weitere Verringerung der Anbaufläche herbeiführte. Sogar im besten ertragsfähigen Alter stehende Anlagen fielen zum Opfer. Die noch arbeitenden Hopfenpflanzer haben die bis jetzt erforderlichen Arbeiten mit Fleiß und Pünktlichkeit vorgenommen. Jeder Sod befam auch — entgegen der im Vorjahr unterlassenen Düngung

— keine Düngergabe. Die Pflanzungen machten daher einen guten Eindruck. Die Getreidepreise bedingt leider eine Beschränkung der Bekämpfungsmöglichkeiten auf das Mindestmaß.

Bankhaus Ruoff, Quenzer u. Cie., Reutlingen erstreckt ein Vergleichsverfahren. In der vorerwähnten Woche hat das Bankhaus Ruoff, Quenzer u. Cie. seine Schalter geschlossen und in einem Rundschreiben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Schutzmaßnahme nur wenige Tage dauern werde. Inzwischen hat sich aber nach einer Untersuchung des Status herausgestellt, daß bei einer die heutige Wirtschaftslage berücksichtigenden Bemerkung der Vermögensgegenstände diese die vorhandenen Verpflichtungen nicht mehr voll zu decken vermögen und daher die Gläubiger, abgesehen von den kleinen, mit einigem Ausfall an ihren Forderungen rechnen müssen. Ein vorläufiger Gläubigerausschuß hat sich damit einverstanden erklärt, zur Vermehrung des Konturtes das gerichtliche Vergleichsverfahren anzustreben. In diesem Rundschreiben wird ferner erklärt, daß mit maßgebenden Stellen in Stuttgart Besprechungen abgehalten worden seien, um Vorkehrungen zu treffen, den Gläubigern weitestgehend einen nennenswerten Teil ihrer Guthaben möglichst bald auszuzahlen.

Stuttgarter Börse, 15. Juni. Die heutige Börse eröffnete zu etwas leiseren Kursen. Im Verkauf uneinheitlich, Schluß gut gehalten. Am Rentenmarkt war die Stimmung im großen ganzen behauptet und die Kurse der Württ. Goldpfandbriefe etwas verändert. Der Aktienmarkt war bei lebhafteren Umsätzen etwas fester.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart. Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse, 15. Juni. An der heutigen Industrie- und Handelsbörse waren die Preise unbeeinträchtigt. Es notierten Baumwollgarn: Engl. Trossel Warp- und Vincops Nr. 20 1,22—1,26, Nr. 30 1,58—1,62, Nr. 36 1,65—1,69, Vincops Nr. 42 1,75—1,79 RM, d. Hg.; Baumwoll-Gewebe: Cretonnes 25,3—26,3, Renforces 24,7—25,7, glatte Catinone oder Croises 19,4—20,4 Reichspfg. d. Mtr. Nächste Börse: Mittwoch, den 6. Juli.

Berliner Getreidepreise, 15. Juni. Weizen märk. 24,90—25,10, Roggen 18,60—18,80, Ruffenroggen 19,50, Futter- und Industriegetreide 16,40—17, Hafer 15,40—15,80, Weizenmehl 31—34,75, Roggenmehl 25,25—27,20, Weizenkleie 10,90—10,80, Roggenkleie 9,80—10,30.

Wälgauer Butter- und Käsebörsen Kempten, 15. Juni. Molkereibutter 1. Güte 102, 2. Güte 90; Verkauf: ruhig. Rahmeinfut 102 bei 43 Feiteinheiten ohne Buttermilchrückgabe; Weichkäse 20 Proz. Feitegehalt (grüne Ware) 20—23; Verkauf: best. Nachfrage; Wälgauer Emmenthaler 45 Proz. Feitegehalt. 1. Güte 80—85; 2. Güte 70—75; 3. Güte 62—66; Verkauf: normal.

Bremen, 15. Juni. Baumwolle Middl. Univ. Stand. Ioto 625.

Märkte

Heilbronner Schlachthofmarkt, 15. Juni. Zufuhr: 4 Bullen, 73 Jungrinder, 8 Kühe, 124 Kälber, 226 Schweine. Preise: Bullen a 21—22, b 18—20, Jungrinder a 33—34, b 29—31, Kühe a 18—20, Kälber a 36—37, b 30—32, Schweine a 40, b 34—37 Markt. Marktverlauf ruhig.

Viehpreise. Kalen: Ochsen 280—330, Stiere 200—290, Ferkel 150—310, Kühe 160—340, Kälber und Jungvieh 60—350, Kälber 35—50. — Oberndorf: Jungvieh 90—125, trachtige Kälberinnen 340—370, geringe Kühe 130—150, Milchkühe 260—360. — Schaffenzied: Ochsen 330, Kälber 280—340, Jungvieh 100 bis 180, Kälber 270. — Tübingen: Kühe 300—420, Kälberinnen 350—450, Jungvieh 120—180, Kälber 50—120 Markt.

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 15—22. — Buchen a. J.: Milchschweine 18—22. — Oberndorf a. R.: Milchschweine 12,50 bis 15. — Oberstenfeld: Milchschweine 10—19. — Schaffenzied: Milchschweine 16—20. — Tettnang: Ferkel 10—20. — Tübingen: Milchschweine 18—25. — Waldsee: Milchschweine 14—19 M.

Ulmer Pferdemarkt vom 15. Juni. Zutrieb ca. 200 Pferde. Es folgten: schwere Pferde 1000—1200, mittelschwere Pferde 700 bis 900, Schlachtpferde 50—150 M. Verlauf des Marktes: mittelmäßig.

Zwangsvollstreckung. Der Gasthof zum „Heiligen Hof“ in Wimpfen a. N. wurde zwangsversteigert. 1928 ist das Haus für 36 000 RM. erbaut worden, während der jetzige Kaufpreis nur 18 000 RM. mit Mobilien ausgemacht hat. Das Gebäude wurde erworben von dem Drogeristen Th. Guttman, der in dem ehemaligen Gasthof eine Drogerie einrichten wird.

Das Wetter

Dem nordeuropäischen Hochdruckgebiet steht eine starke Depression bei Island gegenüber. Für Freitag und Samstag ist bei Gewitterneigung noch vorwiegend heiteres Wetter zu erwarten.

Zwangsvollstreckung.

Freitag, den 17. Juni 1932 nachm. 3 Uhr, kommen hier öffentlich gegen bar zur Versteigerung:

- 1 Eiszug
- 1 Brückenwaage
- 1 Schreibisch und
- 4 Damenhandtasche.

Zusammenkunft: Pfandtotal

Am Samstag, 18. Juni, 10 Uhr vorm., in Sprollenhäus

- 1 Kuh.

Zusammenkunft bei der Krone Gerichtssozialreferendar.

Der Rundfunk wird für die Reichstagswahl freigegeben

Die Parteien entwickeln durch den Mund ihrer berufenen Führer in der Woche vor der Wahl ihr Programm. Die aktuelle Bedeutung des Rundfunks sollte auch Sie zu der Anschaffung einer Rundfunkanlage bewegen.

Mit Kostenvoranschlägen bei fachmännischer Beratung stehe ich jederzeit gerne zu Ihren Diensten.

Karl Aberle
Rundfunk-Vertrieb, Wilhelmstr. 21.

Landeskurtheater

Direktion: Steng-Krauß
Fernsprecher 535
Anfang jeweils abends 8 Uhr

Donnerstag den 16. Juni

Die spanische Fliege

Lustspiel

Freitag den 17. Juni

Der Fußballkönig

Schwank

Samstag den 18. Juni

Krieg im Frieden

Lustspiel.

Wildbad, den 16. Juni 1932.

Dankagung.

Für die vielen Beweise wohlwunder Teilnahme an dem Hinscheiden unserer lieben, unbergelichen Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frida Bosch geb. Lipps

danken wir herzlich.

Fridel und Walter Rieckert.

In Sorgen über

Ihre Zukunft
Ihre Gegenwart
Ihre Vergangenheit
Ihre Erbschaften
Ihre Prozeßsachen
privat und geschäftl.
(Ihre gestohl. Werte)

erfahren Sie durch berühmten, erfolgreichen

Spezial-Psychologen

Anfragen mit selbstgeschriebener Adresse und Geburtsdatum unter Nr. 137 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

